

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Freitag, den 3. Juni 1898.

5. Jahrgang.

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei

hat sein

Wahlbureau

im Vereinshaus, Johannisstraße 50,
Zimmer Nr. 3, part. rechts, eingerichtet.

Dasselbe ist an den Wochentagen
von 7—10 Uhr Abends,

an den Sonntagen

von 11—1 Uhr Vormittags

geöffnet.

Nationalliberales.

Lübeck, den 2. Juni 1898.

A. K. Es ist eine undankbare Aufgabe für einen Politiker, eine bedenkliche, durchaus nicht einwandfreie parlamentarische Vergangenheit in hellerem Lichte erstreben zu lassen, um den Wählern den Glauben an eine bessere Zukunft beizubringen. Um so undankbarer, je gerüsteter in ihren Anschauungen die Wählerschaft ist, und um so fruchtloser, je ungeschickter die Helfershelfer sind. Das geht ganz deutlich aus den verzweifeltsten Anstrengungen hervor, welche Herr Gebhard macht, um all die unverantwortlichen Sünden der national-liberalen Partei als gutgemeinte Handlungen für das Volkwohl hinzustellen, das verräth noch deutlicher das klägliche Buppeln seines Parteiorgans, der „Lüb.“

Ans., welche ebenso tollkühn wie tollpatschig für ihn in die Arena springen.

Wir haben bereits des Näheren erläutert, wie es beschaffen ist mit der Stellung des Herrn Gebhard zu den **Ausnahmegesetzen**. Weder die Geschichte seiner Partei, noch seine persönliche Erklärung bieten uns die mindeste Gewähr dafür, daß er nicht wieder zu Knebelgesetzen seine Zustimmung geben wird. Was verstehen denn die Herren Nationalliberalen unter „eigenartigen Verhältnissen“, die, wie Herr Gebhard sich ausdrückte, unter Umständen sogar dazu führen könnten, daß diese musterhaften Volkvertreter zur **Aenderung des Wahlrechtes** bereit wären? Als vor einigen Jahren Caserio seinen Dolch schickte und die Reaktionen aller Länder „Befegnet sei der Dolch!“ und „Her mit Ausnahmegesetzen!“ in einem Athemzuge schrien, da waren es die **deutschen Nationalliberalen**, welche — ohne jeglichen stichhaltigen Grund, ohne daß „eigenartige Verhältnisse“ in Wirklichkeit vorlagen, begeistert in die Unterzuse mit einstimmten, da waren sie es, die da wimmelten nach der Umsturzvorlage, solange bis der pommerische Junker es ihnen auf dem Präsentirteller darbrachte, da waren es **Nationalliberale**, die in erster Linie mit der feudal gestimmten Regierung durch Dick und Dünn gingen.

Das ist es ja eben, was die Kandidatur des Herrn Gebhard allen gewitzten Politikern verdächtig macht, wachen muß, daß er wohlweislich allen positiven Erklärungen zehn Meilen aus dem Wege geht und sich hinter hübsch gedrechselte und allgemeine Redensarten versteckt.

Die Erfahrung lehrt aber:

Wer auf unbestimmte Versicherungen hin den Nationalliberalen sein Schicksal anvertraut, der ist verrathen und verkauft!

Eine wahre Musterleistung nationalliberaler Schwindelhüherei ist der jüngste Wahlaufschuß, welcher die letzte

Seite des „General-Anzeiger“ und der „Lübeckischen Anzeigen“ füllt.

Wer ist der Ehrliche?

heißt es da. Und dann geht es lustig darauf los, den Nachweis zu liefern, daß die Sozialdemokratie die Unehrlische sei, während der Nationalliberalismus das leuchtende Gegenstück, und der Kandidat das non plus ultra der politischen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit darstelle. Es wird zurückgegriffen auf die von uns widerlegte Behauptung, die Sozialdemokratie habe bisher nichts Positives geleistet, und dann gesagt, dieselbe habe infolge ihrer parlamentarischen Schwäche nicht vermocht, die von dem Amtsblatte als „Regierungsgeschenke“ hingestellten Errungenschaften — Freiheit der Geschlechtsung, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Reichstagswahlrecht, Versicherungsgesetzgebung, Arbeiterschutz — zu erzwingen. Das zu behaupten, ist uns garnicht eingefallen. Wir haben uns nur gegen die regierungsfelrige Manier gewandt, die Regierung als schenkenden Engel hinzustellen. Sie hat **ohne Druck** noch nie etwas herabgerückt. Sie hat 1848 so wenig freiwillig Volksrechte gegeben, wie später. Alles hat ihr abgezwungen werden müssen, um Bagatellen mußte Jahre lang erbittert gekämpft werden! Freilich, das wollen die Schleppträger der Regierung nicht wahr wissen, die, wie Herr von Bennigsen ihre Vergangenheit verleugnen, um nur ja als Hort der Herrschenden gelten zu können.

Erzwingen ist auch durch den jahrzehntelangen Druck der Arbeiterbewegung die **Versicherungsgesetzgebung** und der **Arbeiterschutz**, selbst in der dürftigen Form, wie sie nun vorliegen.

Das sind keine Unrichtigkeiten. Die Nationalliberalen sammt Herrn Gebhard schwören ja sonst auf den Eckhard Bismarck. Mögen sie seine Autorität denn in dieser Frage auch anerkennen und nicht

Wählt Johann Carl Theodor Schwartz!

vergessen, daß er, der bisweilen auch offenerzig zu sein pflegt, am 26. November 1884 erklärte:

„Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform gemacht haben, noch nicht existiren.“

Genügt dies den Herren einstweilen?

Geradezu widerwärtig ist die Art, wie man aus der amtlichen Thätigkeit des Herrn Gebhard für ihn Kapital zu schlagen sucht. Zunächst betonen wir wiederholt, daß wir es als verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines sehr anständig bezahlten Beamten ansehen, seine Arbeiten nach bestem Können zu verrichten. Was jeder nationalliberale Fabrikant bei seinem Arbeiter als etwas Selbstverständliches ansieht, daraus wird man doch dem Beamten, dem Diener der Gesamtheit, keine Tugend machen wollen?

Daß er versprochen hat, die Arbeiterversicherung verbessern zu helfen, ist wahrlich keine Empfehlung. Das müssen und thun alle Parlamentarier, weil sie einsehen, daß dieses „Geschenk der Regierung“ doch gar zu mangelhaft gerathen ist. Vielleicht greift man unter kundiger Leitung des Herrn Gebhard auf die verworfenen Anträge der Sozialdemokraten zurück, die man heute billig „unpraktisch“ schimpfen kann, dieweil sie praktisch ja garnicht erprobt worden sind.

Der „Dank der Invaliden und Altersschwachen“ und derver, die in den Lungenheilstätten behandelt worden sind, soll ihm sicher sein! Welche Ursache haben denn die Leute, zu danken dafür, daß die Großen der Arbeiter und Steuerzahler, die durch das Klebegesetz zusammengebracht werden, nicht etwa an nothleidende Strohhauflichter verpumpt, sondern der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden? Das verlangen wir, und dafür brauchen wir Niemanden zu danken. Schließlich könnten wir ja noch irgend einem Eisenbahnpräsi-

denten dafür dankbar sein, daß er uns gnädigst gestattet, für unser gutes Geld die Staatsbahn zu benutzen!

Arbeiterfang!

Arbeiterfang niedrigster Sorte!

Wagt man doch, an den Proletarier die ungeheuerliche Aufforderung zu richten:

„Wenn ihr gesichert sein wollt für die Folgen von Krankheit und Unfall, wenn ihr einem vor Nahrungsorgen gesicherten Alter entgegen gehen wollt, dann wählt Herrn Gebhard, dessen Lebenszweck (!!!) es ist, für Euch zu sorgen.“

Wir wissen nicht, ob Herr Gebhard das Nachwerk kannte, ehe es gedruckt vorlag. Ist dies der Fall, dann müssen wir erklären, daß Herr Gebhard sehr opferwillig war, als er um seines „Lebenszweckes“ willen von Bremerhaven nach Lübeck in ein besser dotirtes Amt überstelte.

Uns widerstrebt es, der Person des Kandidaten näher zu treten, aber man zwingt uns dazu, indem man dieselbe in wahrheitswidrigster Weise zu glorifiziren sucht.

Das ist unehrlich!

Das ist nationalliberal!

Die Lübecker Arbeiterschaft läßt sich ja freilich durch solche Dinge nicht locken. Sie weiß, wer seit Jahrzehnten trotz Achtung und Verfolgung unerschrocken im Reichstage die

Arbeiterinteressen

wahrgenommen hat, sie weiß, daß es

gerade die Nationalliberalen nicht

gewesen, daß sie von diesen ständig betrogen worden ist, sie wird diese Erkenntniß auch drastisch zum Ausdruck bringen, indem sie am 16. Juni den Kandidaten der

ehrliehen Partei,

Sozialdemokratie,

in den Reichstag entsendet!

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Schon wieder soll ein Seegefecht stattgefunden haben, und zwar vor der Bucht von Santiago de Cuba. Ob etwas Wahres an den Meldungen ist, läßt sich vorläufig noch nicht sagen, denn am Schluß steht wie immer der stereotype Nachsatz: „Bestätigung bleibt abzuwarten.“ Wie sehr der Zweifel an der Glaubwürdigkeit derartiger Kabeldepeschen berechtigt ist, ist durch die unwahren Siegesberichte der letzten Zeit zur Evidenz erwiesen. Die augenblicklich vorliegenden Telegramme besagen, daß die amerikanische Flotte die Forts am Eingange des Hafens von Santiago beschoß. Das Feuer war ein sehr heftiges. Um 4 Uhr wurde die Kanonade schwächer und wurde das Gefecht, an dem sich auch spanische Kriegsschiffe beteiligten, auf hoher See fortgeführt. Aus Port au Prince kommt dieselbe Nachricht, daß auch Sampson beim Gefecht war; das ist aber sehr unwahrscheinlich, denn nach gestrigen Meldungen ist die Flotte des genannten Admirals in Key West angekommen. Also Vorsicht! Der New-Yorker „World“ wird von ihrem Korrespondenten bei der amerikanischen Flotte telegraphirt, daß am Sonntag um Mitternacht zwei spanische Torpedoboote vergeblich versuchten, amerikanische Kriegsschiffe zum Sinken zu bringen. Sie wurden aber von den Amerikanern gesehen und mußten sich vor dem auf sie eindringenden Kugelregen der amerikanischen Kriegsschiffe schleunigst in den Hafen zurückbegeben.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Ohne Sozialdemokraten geht es nicht. „Das preußische Abgeordnetenhaus ist unter den größeren Einzelstaatsparlamenten das einzige, in dem keine Sozialdemokraten sitzen. Daß es darum besser arbeite,

ist nicht zu behaupten. Mit endlosen Reden wird gerade so viel Zeit verirrt wie im Reichstage. Manches, was man da redet, würde man wohl für sich behalten, wenn man von sozialdemokratischer Seite eine Antwort zu erwarten hätte. Ebenso würde etwas mehr sozialer Geist in die Gesetzgebung kommen, wenn sie unter fortgesetzter Kritik der Sozialdemokraten arbeitete. Denn diese fürchtet man doch einigermassen, während man sich um die Einwände von Nichtsozialdemokraten wenig kümmert. Ein paar sozialdemokratische Rechte in dem Rarpsenteiche könnten gar nicht schaden."

Wer schreibt das?
Die „Kölnische Volkszeitung“, ein Organ des Zentrums, der bittersten und in ihren Mitteln skrupellosesten Feinde der Sozialdemokratie. Und selbst diese Partei muß bekennen:

Ohne Sozialdemokraten geht es nicht!
Zum Reichstagswahlrecht schreibt der „Hamb. Corr.“: „Die Verpflichtung, die allem Verede ein Ende machen würde, nun und nimmer an eine Abänderung des Reichstagswahlrechts zu denken, kann und darf die Regierung gar nicht auf sich nehmen.“ — Dann sind die Wähler einfach verpflichtet, keine Abgeordneten zu wählen, die nicht volle Gewähr geben für die Aufrechterhaltung des Reichswahlrechts.

Wie's gemacht wird. Als ein seltsames Zusammentreffen mit der Wahl wird es überall in Ostpreußen angesehen, daß Minister Bosse gerade jetzt die Kreise Memel und Tilsit bereist und „wohlwollend“ in Verhandlungen mit den Littauern wegen der Sprachfrage eintritt. Bekanntlich sind viele Littauer von der konservativen Sache wegen Nichtberücksichtigung ihrer Interessen in dieser Frage abgefallen.

Ein interessantes Schriftstück. In dem Verlage Vita, Berlin, ist ein Wahlschriftchen erschienen, betitelt: „Ein Mahnaruf zur Sammlung an die deutschen Wähler. Von einem Konservativen.“ Der Verfasser nennt sich einen „alten Soldaten“. Es handelt sich offenbar um eine Mystifikation. Wer hinter der Broschüre steckt, ist vielleicht nicht schwer zu errathen, sientmal die Bücher des Redakteurs der „Welt am Montag“, des Dr. Oppenheim, gar oft lobpreisend darin citirt werden! Doch finden sich in dem Schriftchen etliche geschichtliche Notizen über die Auseinandersetzungen Stockers und seines Blattes: Das Volk mit den Konservativen. Da erfährt man, daß damals der Berliner konservative Verein Rappo wegen der Eulenburgschen Umsturzpläne Alarm schlagen mußte. Mitte Oktober 1894 fand in diesem Verein eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige politische Lage. Der Referent berichtete, daß das Gerücht von dem bevorstehenden Sturze des Grafen Caprivi richtig sei. Es liege hier die erste Frucht der intensiven Thätigkeit der Kartellpolitiker vor. Graf Eulenburg habe sich, wenn auch mit Widerstreben, entschlossen, die Nachfolgerschaft des Grafen Caprivi zu übernehmen. Die Befürchtungen, denen der Redner bei diesem Anlaß Ausdruck gab, waren in dem Entwurfe eines Schreibens an den Vorstand der konservativen Partei, zu Händen des Frhrn. v. Manteuffel, in folgenden Sätzen formulirt:

Die Pläne der Kartellfreunde haben feste Gestalt gewonnen. Repressivgesetze zur Eindämmung sozialdemokratischer und „verwandter demagogischer“ Bestrebungen sollen eingeführt und das Reichstagswahlgesetz soll abgeändert werden. Diese letzte Eventualität ist unleugbar auch an maßgebenden Stellen Gegenstand erster Erwägungen gewesen, und für die Ermöglichung der Durchführung wird mit Hochdruck gearbeitet. Wir müssen die Ueberzeugung ansprechen, daß eine Verwirklichung dieser Absichten die inneren Schwierigkeiten in einer Zeit vermehren würde, wo täglich auswärtige Entwicklungen unsere ganze Aufmerksamkeit beanspruchen können. Eine Unterstüßung der geschäftigen Kolonialpolitik und der gefährlichen Experimente der Kartellfreunde würde die Einheit und Macht der konservativen Partei brechen und die Sache des Staates und der Monarchie unheilbar schädigen.

Von wem dieser Entwurf stammt, wird nicht gesagt. Aber ihn zu veröffentlichen ist zeitgemäß.

Mit ihrer wahren Gesinnung rückt die „Kreuz-Ztg.“ dann heraus, wenn sie sich streitet. In einer Polemik mit der ultramontanen „Köln. Volks-Zeitung“ hatte die letztere behauptet, das Zentrum wolle das bescheidene Maß von Rechten und Freiheiten, das wir in Deutschland besitzen, erhalten wissen. Gegen diesen Satz wendet sich das Junkerorgan und schreibt:

„Das Maß der Volksfreiheiten in Deutschland ist ein sehr reichliches und in sehr vielen Punkten reichlicher als in „freien“, demokratisch regierten Ländern; wir glauben auch nicht, daß die „Köln. Volksztg.“ mit ihrer obigen Bemerkung ausdrücken will, sie strebe nach wesentlicher Erweiterung jener „bescheidenen“ Freiheiten.“

Worin besteht denn das „sehr reichliche Maß“ von Rechten und Freiheiten im Deutschen Reich? Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht usw. sind doch in Deutschland mehr beschränkt als in jedem anderen Kulturstaat. Das einzige Recht noch, welches in Deutschland etwas besser ist als in einigen Monarchien ist das Reichstagswahlrecht. Dieses Recht einzuschränken, ist das Streben der Junker und daher die Behauptung von dem „sehr reichlichen Maße“ von Freiheiten!

Die Sozialpolitik der Bündler. Nun hat auch der Bund der Landwirthe sein sozialpolitisches Herz entdeckt. Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt über die wirtschaftliche Lage des Landarbeiters: „Sie ist weit gesünder als die des industriellen Arbeiters. Er hat vielfach einen Jahreskontrakt und die Deputatbezüge, ferner die Möglichkeit der Haltung von Kleinvieh oder einer Kuh stellen ihn vor Nahrungssorgen sicher, ebenso wie die Auslaß von Kartoffeln usw.“

Deputatbezüge und Ziegen, wenn nicht gar eine Kuh, und Kartoffeln — was will der Arbeiter mehr? Er schwimmt zwar nicht im Ueberflusse, und das ist auch gut, denn der Ueberfluß ist es, der Leib und Seele verdirbt, aber er hat doch immer ein „gesichertes“ Einkommen, das nach dem Zeugnisse der ostpreussischen Herren in der Königsberger Landtagsstube selbst in Ostpreußen bereits „in's Ungemessene“, nämlich auf 300 Mk. gestiegen ist. Und was für Aussichten eröffnen sich ihm, wenn der Antrag König die Kraft des Gesetzes erlangt hat!

Näherdem ist es klar, daß eine Besserung der Lage der Landwirtschaft gänzlich auf die ländlichen Arbeiter einwirken muß, denn die Gutsbesitzer und die Bauern würden sich einer solchen Ehrensache in keiner Weise entgegenstellen. Also liegt es im Interesse der ländlichen Arbeiter, durch die Reichstagswahl dafür Sorge zu tragen, daß wir ein Parlament bekommen, das eine kraftvolle Vertretung der landwirtschaftlichen Forderungen auf seine Fahne schreibt und insbesondere die Handelsvertragsfrage in geeigneter Weise löst.“

Den ländlichen Arbeitern kann es also nicht fehlen. Regiert der Bund im Reichstage, so darf jeder Instmann sich überzeugen lassen, daß er sonntäglich sein Huhn im Topfe habe. Denn daß verbürgt ihm die „Ehrenpflicht“ der Bündler, und an einem Bündlerworte ist nicht zu brechen und zu denken.

Der wilhelmsche Abg. Köstke, den Herr v. Stumm bekanntlich für schlimmer als ein Sozialdemokrat ansieht, ist auch der Konservativen seines bisherigen Wahlkreises Dessau-Berbst (erster Anhalt) gründlich verhasst, wohl hauptsächlich wegen seines gelegentlichen Eintretens für eine gerechtere Behandlung der Arbeiter. Die vereinigten Junker, Agrarier und Handwerkerbündler haben ihm den Gutsbesitzer v. Niepenhausen-Orangen, ein Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, als abligen Kandidaten gegenübergestellt. Seitens der Sozialdemokratie kandidirt Genosse Käppler. Zweifellos wird es zu einer Stichwahl zwischen Köstke und Käppler kommen, und dieser Umstand beschäftigt Junker und Agrarier schon jetzt am meisten. Sie haben, wie die „Saaleztg.“ berichtet, erklärt, Köstke auf keinen Fall zu wählen, und bei der Stichwahl — sollten die Chancen für Köstke gut stehen — geschlossen für den Sozialdemokraten einzutreten. Von diesem im Grimm gefassten Beschluß bis zur Ausführung desselben ist es freilich noch weit. Käme es aber dazu, so wäre voraussichtlich Herr Köstkes Durchfall ziemlich sicher, da die Sozialdemokratie ihn schon 1893 bei der Hauptwahl am 200 Stimmen überholt hatte und nur das geschlossene Eintreten der Konservativen für Köstke ihm bei der Stichwahl den Sieg verschaffte.

Die Kommission für Arbeiterstatistik soll, nach der „Germania“, auf Ende des Monats Juni zu einer Sitzung einberufen werden.

Getreidepreise und Agrarier. Die agrarische Presse hatte behauptet, das Steigen der Getreidepreise, das ihr ja vor den Wahlen sehr unbequem ist, sei einzig durch die Spekulation des amerikanischen Schwanzers Leiter verursacht; „Kreuzzeitung“ und „Tageszeitung“ thaten ganz entrüstet ob der Preistreibererei. Jetzt veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ den Bericht, den der „deutsche Landwirtschaftsrath“ über eine seiner Plenarversammlungen an die Regierung abgibt und darin steht zu lesen: „Die eingetretene Besserung in den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird zwar von der deutschen Landwirtschaft mit Freuden begrüßt, doch kann diese Besserung nur dann die tief geschlagenen Wunden heilen — wenn die Besserung eine dauernde und stetige ist.“ Also, die hohen Preise sollen beibehalten werden, das ist der Wunsch der Agrarier! Die Produktionskosten der deutschen Junker sind überhoch und deshalb muß der jetzige Nothstandspreis künstlich für alle Zeit festgelegt werden durch hohe Zölle, das ist es, was das Agrariethum will, das ist es aber auch, wogegen die Wähler am 16. Juni ihr Veto einlegen müssen. Doch mit hohen Zöllen begnügen sich die Junker nicht: „Der Arbeitermangel — so heißt es in dem Berichte — bedroht nach wie vor den landwirtschaftlichen Betrieb in empfindlicher Weise“ und dieser „Uebelstand“ müsse „energisch bekämpft werden“. Der Arbeitermangel ist eine Folge der Hungerlöhne, welche die ostelbischen Junker zahlen, und auch diese niedrigen Löhne sollen dauernde und stetige bleiben, ja, sollen noch herabgedrückt werden, indem man dem Arbeiter das Recht der Freizügigkeit raubt! „Der Zuckerrübenbau — so heißt es weiter — flößt ernstliche Sorge ein“, also — neue „Liebesgaben“, neue Ausfuhrprämien für Zucker, neue Verbrauchsteuer! Die Ziele der Agrarier sind hier mit wünschenswerther Deutlichkeit dargelegt: „künstlich hoch gehaltene Preise, künstlich niedrig gehaltene Löhne, Schröpfung der Konsumenten! Die Wähler wissen, woran sie sind. Die Parole ist: „Nieder mit dem Junkerthum, nieder mit den Parteien, die die Interessen des Volkes den Brotvertheilern und Leutenchindern ausliefern!“

Zündholzmonopol? Die neueste Nummer der vom königlichen Statistischen Bureau herausgegebenen „Statistischen Correspondenz“ beschäftigt sich mit den Ergebnissen des Zündholzmonopols in Frankreich. Das Monopol erbrachte 1896 eine Einnahme von etwas mehr als 28 Millionen Francs. — Die „Stat. Correspondenz“ veröffentlicht nicht selten statistische Mittheilungen über ausländische Einrichtungen, Finanzquellen zc., wenn das statistische Bureau vorher mit der Beforgung von Material beauftragt worden ist, das man im preussischen Finanzministerium zu Borarbeiten für Gesetzesvorschläge gebraucht. Sollte etwa in dem Kopfe Riquel's, des Sammlungstropeters, die Idee eines

Zündholzmonopols für das deutsche Reich sp... gehen?

Aus Elsfah-Rothringen schreibt man der „Veipz. Volksztg.“: Obwohl uns kaum noch drei Wochen v... Tage der Entscheidung trennen, ist die Kandidatenliste bei den bürgerlichen Parteien noch in der Mehrzahl reichsständischen Wahlkreise ungelöst. Allenfalls, die sozialdemokratische Partei ernsthaft in Frage kom... ging das Bestreben unserer Gegner zuerst auf Sammlung aller nicht sozialistischen Elemente in einen Hut; und erst nachdem, wie dies fast über... der Fall war, sich herausstellte, daß bei den in Elsf... Rothringen besonders stark auseinandergehenden politischen Anschauungen der bürgerlichen Wählermassen dieses fast nirgends zu erreichen sei, gingen die einzel... Parteien an die Aufstellung ihrer Sonderkandidaten... und damit sind sie, wie bereits gesagt, augenblicklich in den meisten Wahlkreisen beschäftigt. Da un... Besetzung der 15 reichsständischen Wahlkreise mit geeigneten Kandidaten seit Wochen vollendet ist, sind wir unse... Gegnern in der Wahlarbeit um einige Pferdebelän... voraus und die Organe der bürgerlichen Parteien erkennen die Nützlichkeit und Umsicht der sozialistischen Wahlkomitees auch offen an. Die meisten unserer Kandidaten haben sich ihren Wählern bereits in durchweg zahlreich besuchten Versammlungen persönlich vorgestellt, und Mühlhausen, wo dies in Folge der Verhaftung unseres dort aufgestellten Genossen Dueb nicht möglich ist, arbeiten unsere Leute mit verdoppeltem Eifer, den Wahlkreis, den wir 1890 erobert haben, ehrenvoll zu behaupten. Die beiden Pfingstfeiertage wurden zur Verbreitung eines größeren Flugblattes im ganzen Lande benutzt, wobei die größeren Parteivorte, wie Straßburg, Mühlhausen u. s. w., die schwächeren Kreise durch Einsetzung von erprobten Mannschaften kräftig unterstützten. Die Stimmung im Lande wird für uns von Tag zu Tag günstiger, so daß wir mit den besten Hoffnungen dem 16. Juni entgegensehen können.

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels ist am 16. April eine aufsteigende gewesen. Die Einfuhr betrug im April (in Tonnen zu 1000 Kilogramm rein) 3 490 391 gegen 3 354 594 im April 1897, daher mehr 135 797. Hiervon Edelmetalle: 74. Gestiegen hauptsächlich die Einfuhr von Baumwolle und Baumwollwaaren, Droguerie, Apotheker- und Farbewaaren, Flachszc., Holz zc., Del, Wolle und Wollenwaaren während die Einfuhr von Abfällen, Eisen- und Eisenwaaren, Erden, Erzen zc., Getreide zc., Material, Spezere, Konditorwaaren zc. zurückgegangen ist. Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waaren für das Stoffgewerbe hat durchweg zugenommen. Die Gesamteinfuhr in den abgelaufenen vier Monaten beträgt: 12 262 411 gegen 11 212 363 im Vorjahr, daher mehr 1 050 048 von 43 Zolltarifnummern weisen eine theilweise ganz erheblich gesteigerte Einfuhr auf, wie Holz, Kohle, Droguerie zc. Waaren, Erden, Erze zc., während die übrigen neun Nummern einen Rückgang der Einfuhr ergaben. Den stärksten Rückgang zeigen die Materialwaaren zc.; allein der hierher gehörige Rohreis zeigt Folge der japanischen Missernte einen Ausfall von 127 281. Die Ausfuhr stieg im April auf 2 363 466 Tonnen gegen 2 222 689 im Vorjahr, also mehr 140 777 Tonnen. Hiervon Edelmetalle 57. Gestiegen ist hauptsächlich die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaaren, Erden, Erzen zc., Getreide, Steinen und Steinwaaren, Kohlen, während die Ausfuhr von Materialwaaren ganz erheblich und erheblich nachgelassen hat. Das Stoffgewerbe hat mit Ausnahme der Baumwollwaaren einen Ausfall zu verzeichnen. Die Gesamtausfuhr in den abgelaufenen vier Monaten beträgt: 9 252 496 gegen 8 293 256, daher mehr 959 240. 31 von 43 Zolltarifnummern zeigen eine höhere Ausfuhr. Am stärksten hat die Ausfuhr von Kohlen, dann von Getreide, Erden, Erzen zc., Eisen und Eisenwaaren zugenommen, am meisten hat die Ausfuhr von Material- zc. Waaren in Folge verminderte Ausfuhr von Rohzucker insbesondere nach den Vereinigten Staaten abgenommen. Seit dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges und dem Nachlassen der Rohzuckerzufuhr von Cuba treten jedoch die Vereinigten Staaten wieder als Käufer deutschen Rohzuckers auf. Im April gingen 2913, seit Januar 4999 Tonnen dahin.

Oesterreich-Ungarn.

Die Reaktion ist wieder fleißig an der Arbeit. Der Gemeinderath der Stadt Graz ist am Sonnabend vor dem Statthalter von Steiermark aufgelöst und die Bezirkshauptmann von Hammer-Burgstall mit der Leitung der Kommunalverwaltung betraut worden. In der Stadt herrschte am Sonnabend Ruhe, doch scheint die Regierung zu fürchten, daß es zu Demonstrationen kommen könnte. Im Laufe des Tages wurden mehr als 200 Gensdarmen in die Stadt gezogen. Eine Abtheilung Gensdarmen unter dem Kommando eines Offiziers hielt sich im Rathhause in Bereitschaft. Der landesfürstliche Kommissar Baron von Hammer-Burgstall hat am Sonntag Nachmittag die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters übernommen und einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, welcher für den Fall von Ruhestörungen die Anwendung der „ernstesten Mittel“ androht. In ihren Ursprüngen weisen die Vorfälle in Graz auf die Demonstrationen hin, die den letzten Tagen des November dort gegen Badeni stattfanden. Man ließ damals das in Graz garnisonirende böhmische Regiment gegen die Demonstranten anrücken, und bei einem Zusammenstoß der Bürger mit den Truppen

wurde ein Arbeiter erschossen. Seit jener Zeit herrschte in der Stadt eine große Verehrtheit gegen das Militär, namentlich gegen das böhmische Regiment. Diese Spannung wurde noch verschärft durch die Degradation der 33 Reserveoffiziere, welche an dem Leichenbegängnisse des erschossenen Arbeiters theilgenommen hatten, und durch die Ernennung des Justizministers im Kabinete Baden, Grafen Gleispach, zum Präsidenten des Grazer Oberlandesgerichts. Kürzlich faßte der Grazer Gemeinderath eine Resolution, in welcher gegen die Degradation jener 33 Offiziere und gegen die Ernennung Gleispachs protestirt, sowie der Wunsch auf Verlegung des böhmischen Regiments aus Graz ausgesprochen wurde. Die Antwort der Regierung auf diese Resolution war die Auflösung des Gemeinderaths.

Vielmehr hält man die Auflösung des Grazer Gemeinderaths für die Einleitung einer neuen reaktionären Aera. Das Organ der Jungtschechen, die „Marobni Listy“, schließt aus dieser Maßregel, daß Graf Thun mit der deutschen Linken völlig gebrochen habe und entschlossen sei, nach dem ersten Obstruktionsversuche das Parlament wiederum zu schließen, um mit dem § 14, dem berühmtesten Nothverordnungsparagraphen, weiter zu wirken.

Eine fernere Spannung erregt die politische Situation in Oesterreich durch die Gründung des deutsch-böhmischen Städtebundes, die am Sonntag in Reichenberg in Böhmen erfolgte. Von 158 deutsch-böhmischen Städten haben 151 ihren Beitritt angemeldet. Der Bund bezweckt Erhaltung des Deutschthums und Hebung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Städte. Die Statthalterei wies in einem Erlasse darauf hin, daß die Gründung des Städtebundes im Widerspruch zum Wirkungskreise stehe. Trotzdem werden die Städte an dem Bunde festhalten. Dem aufgelösten Gemeinderath in Graz sandte der Städtebund eine Sympathieerklärung. Die Stadt war schwarz-rotgold besetzt.

Die Ausgleichsaktion mit Ungarn ist dem Kabinete Thun völlig mißglückt, und in der innerösterreichischen Politik häufen sich Schwierigkeiten, so daß ein Ausweg aus dem Chaos jetzt noch weniger zu finden ist, als in den Tagen Baden's. Bis zu dem im Herbst stattfindenden Jubiläum des Kaisers Franz Josef werden sich wieder böse Dinge in Oesterreich ereignen. Das wird aber das österreichische Byzantinertum nicht abhalten, die Regierung Franz Josef's als den Inbegriff des Glückes für die Völker der österreich-ungarischen Monarchie zu preisen.

Frankreich.

Zur Eröffnung der neuen Kammer. Hart vor der Eröffnung der neuen Kammer hat man es in Regierungskreisen für kein Gefundenes, die kleinlauteste Stimmung, die naturgemäß unmittelbar auf die Wahlen folgte, zu verleugnen und sich eine Siegermiene zu geben. Herr Maline hat seine Demissionsabsicht ganz vergessen und die Regierungspresse trägt die Hoffnung zur Schau, es werde doch noch gelingen, dem Lande eine leicht umgeänderte Neuausgabe des Ordnungsministeriums aufzuzwingen.

Aus diesen Stimmungen ist der Entschluß herausgewachsen, gleich in der ersten Kammer Sitzung die Probe auf das Exempel zu machen. Bei den der Form nach provisorischen, aber thatsächlich das definitive Resultat vorausbestimmenden Präsidiumswahlen soll dem Kandidaten der Opposition, dem bisherigen radikalen Kammerpräsidenten Brisson, die Kandidatur des Ordnungsmannes Deschanel entgegengesetzt werden. Man wird so schon am ersten Lebenstage der Kammer erfahren, was Geistes Kind sie ist. Siegt der frühreife „Staatsmann“ der Bourgeoisie, dem die Stimmen der Merikal-Monarchisten natürlich gesichert sind, über den alten gestimmungsstreuen Republikaner, dann ist die Fortdauer der Herrschaft der Ordnungskoalition mehr als wahrscheinlich. Die Radikalen haben nämlich den Fehdehandschuh der Regierungslente aufgenommen und wollen ihre und ihrer Verbündeten Kräfte auf dem Namen Brisson zählen. Die Sozialisten werden für Brisson stimmen, obwohl dieser in der alten Kammer von seinen Präsidentenbefugnissen den Sozialisten gegenüber einen nicht weniger als wohlwollenden Gebrauch machte. Die taktischen Erfordernisse aber verbieten ein anderes Verhalten.

Der schon seit Langem notwendige Bruch der Sozialisten mit Rochefort ist endlich, unmittelbar nach Abschluß der Stichwahlen, vollzogen worden. Seit einer Woche hat die Petite République, in deren Leitung sich nunmehr, auf den Wunsch des bisherigen Chefredakteurs selbst, Faures und Gérauld-Richard theilen, ein heftiges und wohlgezieltes Feuer gegen den in die sozialistischen Reihen verirrten Rochefort, daß demagogische Mädchen für alles, eröffnet. Der alte, popularitätsklüsterne Demagoge, der, mit Ausnahme seiner Boulanger-Periode, da er insbesondere von demselben Bourault-Richard heftig bekriegt worden war, es stets gewohnt war, alle Welt ungestraft mit Noth zu bewerfen, ist nach den ersten Angriffen, genauer Abwehrversuchen Bourault-Richards, ganz aus dem Häuschen gerathen. Daß er monatelang, anlässlich der Dreifus-Bola-Affaire, die Sozialisten mit den niederträchtigsten Waffen bekämpft hatte, das zählte für ihn nicht. Er spielte den Beleidigten und forderte Bourault-Richard zum Duell, das dieser nach den französischen Gepflogenheiten annehmen mußte.

Die Zeitungs polemik dauert aber noch wie vor ungeschwächt fort. Und erfreulicher Weise steht auf Seiten

der „Petite République“ Alles, was in Paris wirklich sozialistisch denkt.

Das hat sich mit elementarer Gewalt in der gestrigen Fahrenskundgebung auf dem Père-Lachaise-Kirchhofe zum Andenken der blutigen Wochwoche gezeigt. Die über 10 000 Mann zählende Menge vereinigte mit Hochrufen auf die Kommune den sozialistischen Kriegsruf des Augenblicks: „Nieder mit Rochefort! Nieder mit den Pfaffen und den Jesuiten!“ Das dauerte stundenlang, bis der letzte Mann den Kirchhof verlassen hatte. Rochefort hatte nicht den Muth, persönlich auf dem Père-Lachaise zu erscheinen. Er hatte aber die Frechheit, durch Angestellte seines Schmutzblattes und sonstige Bewunderer seiner Person das Andenken der Kommunehelden mit einem Kranze zu „beehren“. Die Sozialisten hätten um ein Haar den Kranz unter die Füße bekommen, aber über Rochefort wachte — die Polizei.

Sozialisten wurden von der Polizei brutal mißhandelt und jagte verhaftet wegen der „Bespudung“ Rocheforts außerhalb des Kirchhofes. Das hatte noch dem biedereren „Bolsmann“ gefehlt, von der Polizei in Schutz genommen zu werden! Der Abbé Garier, der Merikale Klopffechter, und die Merikal-militärische Presse überhaupt beweihräuchern den Verfechter des Generalstabes und Esterhazy's schon seit Monaten.

Aber die Polizei hat nicht verhindern können, daß die Kundgebungen gegen Rochefort sich in den dem Père-Lachaise benachbarten Straßen immer von Neuem wiederholten und erst vor dem Redaktionsgebäude des „Zentralorgan“ zum Abschluß kamen.

Gleichzeitig laufen täglich in der Redaktion der „Petite République“ zahlreiche Brandmarkungsadressen gegen Rochefort aus der Provinz ein. Unser Parteiblatt veröffentlicht sie unter der zutreffenden Spitzmarke: „Die Säuberung der sozialistischen Partei“.

Arbeit und Handwerksgebiete.

2. Juni.

Achtung, Fischer! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Ewers, Kommandit-Gesellschaft, Hageburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Bezug ist fernzuhalten.

Der Vorstand

der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“

F. A.

H. Hermann.

Achtung, Seelente! Aus Flensburg erhalten wir nachstehendes Privattelegramm: „Zugung von Seelenten fernzuhalten.“

Gewisse August Vebel wird, wie wir auf vielfache Anfragen mittheilen können, zu Gunsten der Kandidatur des Genossen Theodor Schwarz in Lübeck einen Vortrag halten.

Bürgerauschuss. Sitzung vom 1. Juni. Es wurden verschiedene Reklamationen behandelt von Wählern, die in die Liste nicht eingetragen waren. Ein auswärtig angelegter Arbeiter ist danach aufzunehmen. Ein in Petersburg angelegter, hier vorübergehend (besuchweise) weilender Kaufmann wurde abgewiesen. Der Einspruch eines Fischlers, welcher gestrichen war, weil seine Frau in die Irrenanstalt überführt werden mußte, und er gezwungen war, zunächst die Hilfe der Armenanstalt in Anspruch zu nehmen, wurde für begründet erachtet, weil Reklamant die erwachsenen Kosten zurückerstattet hat. Die allgemeine Armenanstalt hatte geschrieben:

Er ist dem Polizei-Amt als aus der Wählerliste zu streichen von uns angegeben worden, weil nach § 8 Abs. 3 des Wahlgesetzes für den Reichstag der Empfang einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln den Anschein zum Wählen zur Folge hat, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Unterstützte für die Unterstutzung später Ersatz geleistet hat.

Daraufhin hat nun der Bürgerauschuss folgende Entscheidung gefaßt:

In Erwägung, daß der § 3, Ziffer 3 des Wahlgesetzes für den Reichstag, wenn er nur solchen Personen, die eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln zur Zeit der Wahl beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben, die Berechtigung zum Wählen verliert, dadurch zu erkennen giebt, daß lediglich die durch die Armenunterstützung erwiesene wirtschaftliche Unselbstständigkeit und Abhängigkeit des Wählers den Grund seiner Ausschließung von der Ausübung des Wahlrechtes bildet, daß aber die von dem Antragsteller geschehene vollständige Zurückzahlung der ihm gewährten Armenunterstützung darthut, daß derselbe die zur Ausübung des Wahlrechtes erforderliche wirtschaftliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit wiedererlangt hat, wird der Einspruch des R. für begründet erklärt und die Aufnahme dieses Wählers in die Wählerliste angeordnet.

Wahlhoffnungen. Die „Freie Stg.“, welche bekanntlich aus gewissen Rechenkunststücken einen Sport macht, hat die Mittheilung gemacht, die Sozialdemokratie hoffe auf den Gewinn von 16 Wahlkreisen, darunter Lübeck. In unserer Presse hat natürlich nichts davon gestanden, es handelt sich um eine Nichter'sche Erfindung. Gleichwohl fallen „Büb. Anz.“ und „Eisenbahn-Stg.“ darauf hinein. Wir haben keinen Grund, ihnen dies Vergnügen zu stören. Unsere Sorge ist, kräftig dafür zu agitieren, daß die bürgerliche Presse schon am 16. Juni aus dem Ungewissen herauskommt und wir erwarten, daß unsere Parteigenossen ihre Ehre darein setzen.

Die Erfurter Tummel beschäftigt noch fortgesetzt die bürgerliche Presse. Das Amtsblatt erachtet die Gelegenheit anstehend für günstig, zu Wahlzwecken der Sozialdemokratie eins auszuweisen. Es reproduziert die

frivole Behauptung eines bekannten Berliner Blattes, wonach die Genen den sozialistischen Agitatoren in die Schuhe zu schieben seien. Demgegenüber schreibt die „Eisenb.-Zeitung“, daß dem „B. Z.“ von verschiedenen Seiten Einwendungen zugehen, welche alle darin übereinstimmen, daß, während am ersten Abend das ruhige und sichere Auftreten der Polizei sehr bald die Ordnung wiederherstellte, die Beamten am nächsten Tage, am Donnerstag, eine Schneidigkeit an den Tag legten, die allgemein verurtheilt wird. — Uns soll der Zweck gleichgültig bleiben. Wir konstatiren einfach die Thatsache, daß unser Vertrauensmann, Genosse Papp, durch Aufschlag an den Säulen die Arbeiterschaft aufgefördert hat, sich von den Tumulten fernzuhalten. Das Amtsblatt wird sich freilich hüten, der Wahrheit die Ehre zu geben und seinen Lesern mitzutheilen, daß gerade die „sozialistische Heber“ zum Frieden gemahnt haben. Das würde den Herren nicht in den Kram passen.

Parteigenossen, gedenkt des Wahlbonds!

Zu der Liste der Wahlvorsteher ist insofern eine Aenderung getroffen, als zum Wahlvorsteher des fünfzehnten Reichstagswahlbezirkes an Stelle des an der Ausübung dieser Funktion verhinderten Hermann Warnde, der Kaufmann Carl Eduard Philipp Storkerfort, wohnhaft Cronsförder Allee 8, zum Wahlvorsteher des neunzehnten Reichstagswahlbezirkes an Stelle des verhinderten Hermann Wilhelm Textor der Kaufmann Hermann Wilhelm Behn, wohnhaft Lindenplatz 5, und zu dessen Stellvertreter an Stelle des verhinderten Friedrich Wilhelm Bollsteyer der Kaufmann Friedrich Ludwig Heinrich Heyke, wohnhaft Hansstraße 8, ernannt worden sind.

Kaffbarer Fund. Gefunden wurde vor etwa 2 Jahren in einem Stück Land an der Dornestraße ein rother Adler-Orden IV. Klasse. Derselbe ist vermuthlich mit Hausnrath, der vom hiesigen Bahnhofe aus auf jenes Stück Land gefahren worden, dorthin gelangt. Eigenthumsansprüche sind umgehend bei dem Polizeiamte geltend zu machen. — Der Eigenthümer scheut sich vielleicht, sich zu melden, weil er fürchtet, daß man ihm wegen des unvorsichtigen Umgehens mit dem theuren Material einen Strafprozeß anhängt.

Entin. Postagenturen mit Telegraphenbetrieb sind für die Dauer der diesjährigen Badezeit in Scharbeutz und Timmendorferstrand am 1. Juni eingerichtet worden.

Entin. Die Nationalliberalen fordern im Anzeigenteil des Amtsblattes zur Zeichnung von Geld für den Wahlbonds auf. — Ihr Kandidat, Herr Dr. Semler-Hamburg, wird am Freitag, den 10. d. M. abends 8 Uhr, im „Hotel Holsteinischer Hof“ nochmals eine Wahlrede halten, obwohl er doch, seit die Wähler ihn geacht, weitere Reden für zwecklos hielt.

* Entin. In das Handelsregister ist zu No. 61, Firma: Entin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft eingetragen. 21. An Stelle des aus dem Aufsichtsrath ausgeschiedenen Oberregierungsath z. D. Peter Ramfauer in Oldenburg ist der Kaufmann Heinrich Meinel in Hamburg zum Mitgliede des Aufsichtsrathes erwählt.

* Entin. Grasverpachtung. Die Grasnutzung in den Wegen der Stadtfeldmark, auf dem Vogelberge und auf dem Festplatz soll Sonnabend, den 4. nächsten Monats, mittags 12 1/4 Uhr, auf dem Rathhause meistbietend verpachtet werden. Die Bedingungen liegen auf dem Rathhause zur Einsicht aus.

Ans dem 9. Wahlkreise. Flugblatt. Verbreitung. So wie von Lübeck und Stadelndorf, so ist auch von Segeberg und Dübsee, von Frey und Wankendorf, von Entin, Malente und Fissan, sowie von Neustadt und Grömitz aus die erste Flugblattverbreitung im 9. Kreise an den Pfingstfesttagen vorgenommen worden. Während noch bei der letzten Reichswahl 65 Genossen aus Neustadt und Altona diese Arbeit verrichten mußten, brauchte diesmal aus genannten Orten kein einziger Mann dazu kommen; was die amliegenden Orte nicht zu bewältigen vermochten, das bearbeitete der Kreis selber. Außer Segeberg und Wankendorf, die schon immer ihren Bezirk selber besetzten, haben diesmal noch eine Anzahl anderer Orte des Kreises Kräfte zur Verfügung gestellt, darunter Neustadt und Grömitz über 20 Mann. Auch die Genossen auf Fehmarn haben ihre Insel selber besetzt. Die Aufnahme neuer Genossen war meistens eine sehr freundliche und herzliche, wenn es auch nicht an erheiternden Zwischenfällen mit Pastoren, Lehrern, Gastwirthen, Bauern und sonstigen Ordnungsbildern fehlte. Hauptächlich in der Umgegend von Oldenburg und Wankendorf war eine gewisse Scheu vor unseren Genossen bemerkbar, die stets mit dem Druck von Seiten der Herrschaft motivirt wurde. Wir waren dabei wieder einmal Zeugen des Jammerlebens der läublichen Arbeiter und haben manche Episode über brutale Behandlung, miserable Entlohnung und schamlose Wahlwindeln gesehen, verübt vor der Jantersippe bei den früheren Wahlen, erfahren, die, stülte sie — woran wir übrigens nicht zweifeln — auch bei der kommenden Wahl wieder verübt werden, aus eventuel Material zur Raffung der Wahl liefern werden. Auch auf dem Gebiete des Saalabtreibens sind unsere Gegner groß. So sollte in Burg auf Fehmarn am 16. d. Mts. eine sozialdemokratische Wählerversammlung stattfinden; dieselbe war angemeldet, annoncirt, durch Handzettel auch in der Umgegend bekannt gemacht und hatte ca. 30 Mt. Unkosten verursacht, da zog der Wirth wenige Tage vorher seine Einwilligung zurück, weil ihm mit Hochtrottung seines Lokals gedroht worden war. Auch ein Polizeibeamter soll im Auftrage des Bürgermeisters sich beim Wirth erkundigt haben, ob das Lokal zum Sonntag besetzt sei, sonst wolle der Bürgermeister dort eine Versammlung abhalten. Die Versammlung war dem Bürgermeister persönlich angemeldet worden. Ähnlich erging es uns in Grömitz bei Neustadt. Hier sollte auf einer, fern dem öffentlichen Verkehr an der Dörfer gelegenen Wiese am 2. Pfingsttage eine Versammlung stattfinden. Vom Amtsvorsteher in Cismar, Meyer heißt der Mann, wurde jedoch die Genehmigung hierzu verweigert, wegen der für die öffentliche Ruhe und

Sicherheit zu bestreihenden Gefahr. — So steht es mit der Ver-
sammlungsreihe der Arbeiter im 9. Kreise. Doch wir werden
trotzdem unseren Weg zu den Wählern zu finden wissen und bei
der Wahl den Herren Konservativen und Konfessionen gehörig in die
Suppe speien!

Helligenhafen. Vom Wahlkampf. Die Kandidatenfrage der verschiedenen politischen Parteien ist für unseren
neulichen Wahlkreis gelöst: Genosse **W. C. Heber** unsererseits und
Herr **D. M. A. S. K.** von Seiten der Nationalsozialisten waren die
ersten auf dem Kampfbühnen, die Konservativen haben nach etwas
langem Suchen einen **Dr. Stockmann** ausgesucht, und die
Freisinnigen den Fabrikanten **E. Kleine**. **W. C. Heber** ist
Stockmann bereits gegenwärtig den Wahlkreis. Er sprach am 26.
v. Mitts. in Helligenhafen vor ungefähr 250 Personen, 1/2 vom
Lande, 1/2 aus der Stadt. In der Diskussion sprach Gen. **W. C. Heber**
15 Minuten. **Dr. Stockmanns** Rede hat wenig Eindruck ge-
macht in unserer Stadt, obgleich er etwas gewandter spricht als
v. Tungen und Graf v. Holteln. Am 28. Nachmittags sprach er
in Großenbrode vor — 10 Personen, über diesen schwachen Besuch
sind verschiedene nationale Herren sehr böse. Am 1. und 2. d. M.
spricht er in Gedding und Neustadt. **Dr. Stockmann** rechnet sich
zur freikonservativen Partei. Der Kandidat aller Freisinnigen, **E. C.**
Kleine — bekanntlich Führer der Volkspartei in der Be-
wegung zur Novemberwahl — wird sich nächsten ebenfalls seinen
Wählern vorstellen.

Mün. Wahlbewegung im 10. Schlesw.-
holst. Wahlkreis. Am 1. Pfingstfeierlage wurde
von Seiten unserer Partei eine lebhafteste Landagitation
betrieben und sind in allen Orten unseres Wahlkreises mit
der gewohnten Schnelligkeit und Promptheit Flugblätter
verbreitet worden, soweit bis jetzt bekannt, ohne besondere
Zwischenfälle oder Eingriffe seitens der Sicherheitsorgane.
Jetzt scheinen auch die bürgerlichen Parteien sich aufzurufen
und in die Wahlagitation eintreten zu wollen. Das schon
so lange Prophezeite, aber bisher vergeblich Erwartete,
es soll, wenn man diesmal der „**Möllner Big.**“ glauben
darf, wahr werden: am Sonntag findet im
Colosseum eine liberale Wählerver-
sammlung statt, in welcher der Erwählte der „**vereinig-**
ten Liberalen“, Herr **H. Pfeiffer** Hamburg,
sich den Wählern vorstellen wird; außerdem wird entweder
Herr **Rickert** oder Herr **Barth** nach hier kommen,
um die Kandidatur zu unterstützen. — Nach Bekannt-
machung der Vorstände des konservativen Vereins des
Kreises Herzogthum Lauenburg und der Kreisabtheilung
des Bundes der Landwirthe finden, wie bereits gestern
mitgetheilt, eine ganze Anzahl öffentliche Wählerver-
sammlungen statt. Wie aus der Zusammenstellung ersichtlich,
scheint die Zeit für den Anfang sämtlicher Versamm-
lungen so angelegt zu sein, daß es den Arbeitern un-
möglich ist, dieselben zu besuchen. Die Herren wollen
eben unter sich bleiben und scheuen eine offene Ansprache
mit Andersdenkenden. — Die Wahllokale für den Wahl-
bezirk **Mölln** sind jetzt bekannt gegeben. Für das 1.
und 2. Quartier ist das Wahllokal der Sitzungsal des
Rathhauses, Wahlvorsteher ist Senator **Schwarz**. Stell-
vertreter Stadtrath **Höltich**; für das 3. und 4. Quartier
ist das Wahllokal das Kammereikassental im Rathhaus;
Wahlvorsteher ist Stadtrath **Semlow**, dessen Stellvertreter
Stadtrath **Michelsen**. Im Wahllokale dürfen nach der

Bekanntmachung während der Wahlhandlung weder Dis-
kussionen stattfinden noch Ansprachen gehalten oder Be-
schlüsse gefasst werden.

Schönberg. **Alexander Kaiser** von **Stove**,
erster Held auf der Radeburger Bühne des Bundes der
Landwirthe, forbert im Annoncentheile des „**Schönb. Anz.**“
die Gläubigen zur Arbeit und zum Pahlen auf. Er erklärt,
daß eine große Gleichgültigkeit und Theil-
nahmslosigkeit unter den Landbewohnern herrsche.
Deshalb macht er sogar die Frauen mobil, obwohl „es
dem deutschen Geiste widerstrebe, daß die Frau in der
Politik öffentlich auftrete.“ Sie sollen wenigstens „ihr
Scherlein zum Wahlfonds beisteuern.“ — O Herr, die
Noth ist groß!

Bülow. Entsprungen war am Freitag Morgen
aus dem Buchthaus zu Dreierbergen der auch in Lübeck
bekannte Sträfling **Bierzow**, wurde jedoch am selben
Tage schon in der Nähe von **Glückrow** wieder er-
griffen.

Wismar. Auf der Insel **Poel** fand am
2. Pfingsttage die erste sozialdemokratische Versammlung
statt. Genosse **Wrotz** - **Kloster** fand mit seinen packenden
Ausführungen lauten Beifall.

Rostock. Genosse **Viebtuecht** sprach hier am
Sonnabend in einer von 1200 Personen besuchten Ver-
sammlung zu Gunsten der Kandidatur des Genossen **Dr.**
Herzfeld.

Rostock. Nationalliberale gegen den
Nationalliberalen. Im Wahlkreise Rostock hat
sich Herr Professor **Paasche** aufstellen lassen. Herr **Paasche**
nennt sich nationalliberal, gehört aber zu dem agrarischen
Flügel der Partei. Früher kandidirte er in dem Kreise
als liberaler Kandidat, jetzt als Kandidat der „**Sammel-**
politik“ gegen den Kandidaten der freisinnigen Vereini-
gung, **Dr. Barth**. Das schönste aber ist, daß die Natio-
nalliberalen in Rostock nichts von ihm wissen wollen,
sondern zu **Barth** stehen. Der nationalliberale **Paasche**
wird also von den Nationalliberalen bekämpft und nur
der Bund der Landwirthe tritt für ihn ein. Das ist
eine köstliche Episode aus dem Niedergang der national-
liberalen Partei.

Hamburg. Freisinnige Reichstagskan-
didaturen. Man hat für die drei Wahlkreise die
Herren **Dr. Barth**, **W. Menzel** (Durchfallskandidat
von 1893) und **Dr. Türkheim** in Aussicht genommen.
Viel Glück zum Plumps!

Hamburg. Herr **Woermann** hat „gestattet“!
In den „**Hamburger Nachrichten**“ erklärt der Vorstand
des Reichstags-Wahlvereins einen Aufruf an die „**reichs-**
treuen“ Wähler. Der Aufruf wimmelt von den üblichen
Schimpfsworten gegen die Sozialdemokratie. **Hamburg**
habe, so heißt es da, „seit langen Jahren keine wirkliche
Vertretung mehr im Reichstage. **Molkenuhr**, **Dieb** und
Mehger seien nie für „unser Lebensinteressen, für den
Schutz unseres Handels, unseres Verkehrs, unseres Ge-

werbes“ eingetreten usw. Unter „wirklichen Vertretern“,
die „unser Lebensinteressen“ vertreten, versteht der **Ham-**
burgische Reichstags-Wahlverein natürlich nur **Groß-**
fabrikanten und **ihresgütigen**, und da die übergroße Masse
der **Hamburgischen Bevölkerung** diese Art Leute für ihre
Ausbeuter und Schinder, nicht aber für ihre Interessen-
vertreter und Schützer ansieht, so sagt das **Proletariat**,
die jetzigen Vertreter sind gar keine „wirklichen Vertreter“.
Dieses **Geschwätz** zeigt aber nur den großen **Merger** der
„**Reichstreuen**“ darüber, daß das arbeitende Volk der
großen Handelsmetropole sein politisches Recht nach seiner
eigenen Ueberzeugung ausübt und sich nicht von den
Kommerzienräthen und Bureaukraten leithammeln lassen
mag. Wir haben darum nichts dagegen, daß die Herren
schimpfen und toben. Weit interessanter ist uns eine
Stelle des Aufrufs, die zwar nur eine Kleinigkeit bedeutet,
aber sehr kennzeichnend ist. Für den 2. **Hamburgischen**
Wahlkreis ist der bekannte **Großkaufmann Adolph Woer-**
mann wieder aufgestellt. Während es nun von den
Kandidaten des 1. und 3. Kreises heißt: „Der unter-
zeichnete Vorstand empfindet...“ sagt derselbe Vor-
stand über die Kandidatur **Woermann**:
„Für den 2. Wahlkreis hat Herr **Adolph Woermann** ge-
stattet, daß wir die reichstreuen Wähler auffordern, ihre Stimmen
auf seinen Namen zu vereinigen.“

Herr **Woermann** hat „gestattet“! Der gnädige,
beinahe an eines König Stumm Königlichkeit heran-
reichende Herr **Woermann** hat die Güte, sich herabzu-
lassen, daß man ihm seine Wahlstimme zuwendet. Herr
Woermann hat geruht, zu gestatten. Aber die Wähler
werden sich gestatten, von der glütigen Erlaubniß keinen
Gebrauch zu machen!

Briefkasten.

+++ Sonntag 9 1/2 Uhr.

Sterschanz-Blehmärkte.

Hamburg, 1. Juni

Der Schmelzhandel verlief gut.
Zugeführt wurden 1200 Stück. Preise: Verkaufschweine, schwere
52—53 Mk., leichte 54—55 Mk., Sauen 43—47 Mk. und Ferkel
52—54 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Rälberhandel verlief gut.
Zugeführt wurden 1000 Stück. Unverkauft blieben — St.
Preis: Beste 92—105 Mk., geringere 80—85 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

- D. „**Afrika**“, Kapit. **Andersen**, ist am 31. Mai in **Kolding** ange-
kommen.
- D. „**Marie Louise**“, Kapit. **J. Nachwey**, ist am 31. Mai in **Kron-**
stadt angekommen.
- D. „**Ludwig**“, Kapit. **V. Förster**, ist am 31. Mai von **Kronstadt**
auf hier abgegangen.
- D. „**Elbe**“, Kapit. **J. Effers**, ist am 31. Mai in **Neval** ange-
kommen.
- D. „**Elbe**“, Kapit. **Effers**, ist am 1. Juni von **Neval** nach **St.**
Petersburg weiter gedampft.
- D. „**Stane**“, Kapit. **E. Frey**, ist am 1. Juni von **Allinge** auf hier
abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt
die Redaktion dem Publikum gegenüber
durchaus keine Verantwortung.

Am 1. Juni Morgens 2 1/2 Uhr starb nach
langen schweren Leiden meine innigstgeliebte un-
vergeßliche Frau und meiner Kinder liebevolle
Mutter **Marie Feierabend**, geb. **Wölter**,
im 29. Lebensjahre. Tiefbetrübt von mir,
meinen Kindern und allen, die ihr nahe standen.
A. Feierabend.

Die Beerdigung findet Sonnabend 9 1/2 Uhr
vom Sterbehause, Fischenstraße 21, aus statt.

Dienstag Abend 7 1/2 Uhr entschlief sanft
nach schweren Leiden meine innigstgeliebte
Frau

Elise Vossgrag, geb. **Tretow**
im 32. Lebensjahre. Tief betrübt und
schmerzlich vermisst von mir und allen, die
ihr nahe standen. **J. Vossgrag.**

Die Beerdigung findet am Freitag Nach-
mittag 2 Uhr vom Trauerhause, Kranzstraße
9a, aus statt.

Sage allen Denen, die meinem Ramme die letzte
Ehre erwiesen, sowie Herrn Pastor **Reimpel**
für seine trostreichen Worte meinen tiefgefühlten
Dank. **Elisabeth Schrader**,
geb. **Serber.**

Zu verm. zum 1. Juli zwei Stuben
an eine Frau **Dübenstraße 10.**

Gesucht e. nothdürftiges Unterkommen
für eine ruhige Familie bis spätestens Sonnabend
Abend. **Näheres Hundestraße 19, 1. Etage.**

Gesucht ein Arbeitsbursche
von 14—16 Jahren **Hüßstraße 80, 1. Et**

Ein Hausdiener wird sof. gewünscht
Debenau 27.

Gesucht zu sofort eine Frau oder ein Mädchen
für 2 Stunden Mittwochs und Sonn-
abends **Johannisstraße 37, Hausenhof 5.**

Einige Fuder Mutterboden
sind billig abzugeben **Radeburger Allee 25.**

Zu verk. ein guterh. Kinderwagen
Untertrave 75.

Wirthschaft des verstorbenen W. Eggers Wirthes Herrn Fackenburger Allee 36

fänktlich übernommen habe und weiterführen werde.

Indem ich für das mir in meiner seitherigen Wirthschaft am Markt in so reichem Maße er-
wiesene Wohlwollen herzlich danke, bitte ich, dasselbe mir auch in meinem neuen Wirthschafts-
erhalten. Bei guten Speisen und Getränken prompte Bedienung und civile Preise versprechend, zeichne
hochachtungsvoll

J. H. Dahmecke jun.

Lübeck, den 1. Juni 1898.

Frisch gebrannten Caffee
per Pfund 80, 100, 120, 140 Pfg.

Prima loses Caffee-Surrogat
per Pfd. 40 Pfg. empfiehlt

Rud. Kracht, Radeb. Allee 40.

Meierei-Tafel-Butter
feinstes Produkt empfiehlt zu stets billigsten
Preisen im Laden kintz

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Prima geräucherte Mettwurst
Pfund 70 Pfg.

Süßes Schweinefl. Pfd. 60 Pfg.
Pa. Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.

empfeht:
W. Strohfeldt

73 Glockengießerstraße 73

Durch Zufall
eine Parthie

Matjesheringe

in guter Qualität, 3 Stück 10 Pfg,
empfeht

Heinrich Koop,
Marktviere 4.

Zu verkaufen hochfeine gelbe Gkartoffeln
Faß 50 Pfg.
Kahlhorststraße 49.

Zu verkaufen eine Marquise
Gronsforder Allee 29.

Grosse Auction!
am Freitag den 3. Juni,
Nachmittags 2 1/2 Uhr
in der

14 Hundestraße 14

Gasthof „Stadt Schleswig“

über: eine hochfeine Garnitur, 1 Sopha, Mohr-
sühle, Bettstellen, 1 Elektrifantomat, Kleider-
schrank, Kinderwagen, 6 silberne Theelöffel mit
Stiel, ferner Herrenhosen, lange Wasserwaagen,
Herren-Anzüge, ff. Cigarren, Besatz-Artikel, Bett-
laken, Normalwäsche, Herrenschuhe und Jagdstiefel,
und verschiedenes nicht Genannte mehr.

J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Mohr'sche Margarine

feinstes Produkt FF Pfd. 60 Pfg.

Marke **A B** Pfund 50 Pfg.
hält im Laden rechts bestens empfohlen.
Proben **FF** in Glasbücheln werden gratis
verabreicht.

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Frische Eier

Mecklenburger 13 Stück 60 Pfg., beste Sorte,
fremde 7 Stück 30 Pfg., sehr schöne Landmett-
wurst, per Pfd. 90 Pfg., 1 und 1,10 Mk., beste
Margarine von **A. L. Mohr**, per Pfd. 60
und 50 Pfg., frische Butter, per Pfd. 95 Pfg.
und 1 Mk., keine Kochschinken und so. zum
Nothessen empfiehlt

J. F. D. Götke, Hüßstraße 26.

Große süße Pfannkuchen
Pfd. 20, 25 und 30 Pfg. empfiehlt
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

J. Glück, Reiferstr. 19 Reiferstr. 19 Woll- u. Weißwaaren-Geschäft.

Empfehle:

- Sporthemden . . . v. 100 Pfg. an
- Normalhemden . . . 90 " "
- Leichte Tricot-Herren-
Unterhosen . . . 85 " "
- Socken ohne Naht . . . 15 " "
- Steh- u. Klappfragen " 23 " "
- Cravatten u. Schleifen " 8 " "
- Hofenträger . . . 25 " "

Arbeiter-Garderoben, Hemden, Rajen,
bessere Herren- und Knaben-Anzüge,
Hüte, Mützen

empfeht billigst
Rud. Kracht, Radeb. Allee 40.

Die Möbeltischlerei
von **G. H. Busch**

Altfstraße 21
empfeht ihr Lager von selbstverfertigten
Möbeln, Spiegeln und
Polsterwaaren

zu billigen Preisen.

Folker's

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25

empfeht
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum
eleganteren, zu billigen Preisen.

Herbstfang-Flohm-Heringe

en gros — en detail
empf. **Ludw. Hartwig**, Obertrave 8.

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24. (Mittagsstich v. 11 1/2—2 U.)
Freitag: **Rothe Grütze** mit Milch, Ragout, Kar-
toffeln, Nothebeeten.

Chronik auf das Jahr 1848.

3. Juni.

Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt setzt eine Kommission ein, um die Frage der Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland zu prüfen. Diese Beratungen dauern während der ganzen ersten Hälfte des Juni.

Die durch die Pariser Februarrevolution geschaffene provisorische Regierung hatte, wie erinnerlich, dem Verlangen der Arbeiter nachgehend, das „Recht auf Arbeit“ und die „Organisation der Arbeit“ in ihr Programm aufgenommen, — ohne daß sie jedoch die Absicht hatte, eine sozialistische Produktionsform einzuführen, wie ihr andererseits auch die Mittel fehlten, die in den alsbald eingerichteten Ateliers nationaux zusammenströmenden Arbeitermassen dauernd zu beschäftigen. Ende Mai arbeiteten in den Nationalwerkstätten bereits weit über hunderttausend Mann, und die Zahl der dort Beschäftigten vergrößerte sich infolge der Arbeitslosigkeit, die in den Monaten nach der Revolution in verstärktem Maße ausgebrochen war, noch fortwährend an. Es war der Regierung weder möglich, genügende Arbeit für diese Massen zu beschaffen, noch die kolossalen Summen fortgesetzt anzuwenden, die zur Bezahlung der in den Nationalwerkstätten Arbeitenden nötig waren. Auf den Bericht eines zur Prüfung der Skandalität eingesetzten Ausschusses beschloß daher am 3. Juni ein Ministerrath eine sehr bedeutende Einschränkung der Nationalwerkstätten. An Stelle des bisherigen Tagelohns von zwei Franc pro Kopf sollte die Skidarbeit eingeführt werden, sämtliche nicht seit einem halben Jahr in Paris wohnenden Arbeiter sollten entfernt und die Arbeiter zwischen achtzehn und fünfundsiebzig Jahren in das Militär gesteckt werden. Ferner sollte jeder Arbeiter, dem anderwärts Beschäftigung geboten wurde, verpflichtet sein, diese anzunehmen. Die dann noch übrig bleibenden Arbeiter wollte man in größere Abtheilungen zerlegen und in verschiedenen Provinzen verwenden. Die Arbeiter der Nationalwerkstätten widersetzten sich diesen Plänen entschieden, und angesichts der steigenden Erregung wagte die Regierung nicht die gefassten Beschlüsse auszuführen. Die Unruhen in der Arbeiterbevölkerung ließen jedoch von da ab nicht mehr nach und machten einen Konflikt der Regierung mit dem Proletariat immer wahrscheinlicher. Wenige Wochen später sollte dieser denn auch in blutiger Weise ausbrechen.

„Giapopeia!“

Der gute „Reichs-Anzeiger“ sucht abermals die Besorgnisse des deutschen Volkes wegen der Bedrohung des allgemeinen Wahlrechts zu zerstreuen. Er erklärt „im Interesse der Wahrheit“, daß die Behauptung, es bestünde „innerhalb der Regierung die Absicht, das verfassungsmäßige Wahlrecht zu beseitigen“, jeder tatsächlichen Grundlage entbehre.

Schön gesagt! Und auch billig! Denn eine solche Erklärung kann das amtliche Organ der Reichsregierung jeden Augenblick abgeben. Wenn die „Absicht“ jetzt nicht besteht, so kann sie ja nach den Wahlen austauschen und Niemand kann den braven „Reichs-Anzeiger“ der Unwahrhaftigkeit zeihen.

Aber das deutsche Volk darf sich durch solche Dementis nicht einlullen lassen.

Daß volksfeindliche Elemente an der Arbeit sind, um die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts anzubahnen, das können tausend Erklärungen des „Reichs-Anzeigers“ nicht aus der Welt schaffen.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

(50. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Friedrich, verlassen von seinen Freunden, feindselig geschmäht von denen, auf deren Weisheit er gebaut, mußte knirschend dem verhassten Luxemburger das Feld räumen, ehe noch das Ungewitter zum völligen Ausbruch kam. Seinem kleinen Heere von Rittern, Waffenknechten und Dienern hatte er es zu verdanken, daß man den Vorberreitungen zu seinem Abzuge nichts in den Weg legte. Bitterer Unmuth und die Scham, seinem Todfeinde zu unterliegen, peinigte ihn, und sprach auch aus ihm, als am Abend vor seinem Wegzuge Dagobert, von Schaffhausen zurückkehrend, vor ihn trat.

„Was wollt Ihr hier?“ fragte er den jungen Mann bekümmert: „Entweicht unter dem Fittich der Nacht, denn — nicht lange wird's dauern, und geächtet bin ich, wie alle, so mir anhängen. Jesus Christus! wer hätte das gedacht? Wahrlich, wahrlich; die Deutschen sind's werth, vor eines Schalksnarren Jodelpelz zu lagenbucheln. Pfui! pfui! Ehre, Treue und Redlichkeit sind nur leerer Tand, und der Falschheit gehört die Welt. Fliehet! mein guter Geselle. Eure Treue kann ich jetzt mit nichts belohnen, als mit der Warnung: verlaßt diese Stadt; man spricht schon hier und da von Eurer Theilnahme an meinem Verrath, wie sie's nennen. Geht aber auch nicht mit mir; ich habe das Spiel verloren, und das Unglück vererbt sich leicht auf junges Blut. Wird's wieder Tag, sollt Ihr von mir hören!“

Dagobert, betroffen über das Unerwartete, das er hier erfuhr, versicherte dem Herzog seine Treue, seine Ergebenheit und den Entschluß, dennoch nicht von seiner Seite zu weichen.

Der Herzog schüttelte mit entschiedener Verneinung das Haupt.

„Ich verbiete Euch, mir anzuhängen!“ rief er fast

Es ist an sich auch ziemlich gleichgültig, ob die Absicht auf Beseitigung des Wahlrechts im Schooße der Regierung besteht oder nicht. Sie kann nicht erfolgen, ohne daß eine Reichstagsmajorität ihr zustimmt. Und daß es politische Gruppen giebt, die eine solche Majorität erstreben, das kann nicht bestritten werden.

Erst vor einigen Tagen hat „König Stumm“ sich ganz offener über seine Pläne in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht geäußert. Abschaffen will er es bei Weibe nicht, aber die Abstimmung soll eine öffentliche sein. Denn, meint der große Boykotteur, ein jeder Deutsche muß den Muth seiner Meinung haben. Das sagt der gleiche Mann, der in seinem Revier, unter seinen Arbeitern und sogar unter den Wirthen und Kaufleuten, die mit diesen Arbeitern in Geschäfts-Verbindungen stehen, noch niemals eine Spur von einer selbstständigen Meinungsäußerung geduldet, der ein harmloses nationalliberales Blättchen, das ihm nicht ganz zu Willen war, zu Tode boykottirt und alle seine Abonnenten mit gesellschaftlicher und geschäftlicher Achtung verfolgt hat. Man könnte sich darüber entrüsten, wenn ein solcher Mann von armen Arbeitern den „Muth der Meinung“ fordert, damit sie hinterher auf die Strafe geworfen werden können, wenn sie nicht der Meinung des Königs Stumm sind. Allein wir wissen, daß die politische Weisheit des Herrn Stumm nicht einmal bei seinen eigenen Fraktionsgenossen allzu tragisch genommen wird, und wir haben darum um so weniger Grund, dies zu thun. Indessen ist der Plan auf Abschaffung des Wahlgeweihs nicht einmal neu; er besteht in der Junkerschaft schon seit Jahren.

Wenn die Regierung im „Reichs-Anzeiger“ erklären lassen will, daß sie, resp. der Bundesrath, keine Aussicht dem Hause kommenden Antrag auf Abänderung des gegenwärtigen Wahlrechts ihre Zustimmung geben will, dann hätte dies einen Sinn. Aber eine solche Erklärung wird nicht kommen. Und wenn sie käme! Wir können morgen eine andere Regierung haben, die an Erklärungen ihrer Vorgängerin sich absolut nicht gebunden fühlt.

Aber auch sonst ist mit der Erklärung nichts gethan. Gut, die Regierung denkt nicht daran, das „verfassungsmäßige Wahlrecht“ zu beseitigen. Aber Andere denken daran. Und auch sie verwahren sich ängstlich dagegen, daß sie die Absicht hätten, das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen. Nein, gutes deutsches Volk, du sollst dein Wahlrecht behalten, sollst es voll und ganz behalten. Die Herren Junker sind sogar um deine politischen Rechte so sehr besorgt, daß sie dich zwingen wollen, von denselben auch Gebrauch zu machen. Hunderttausende von Wählern sind zu träge, um an die Wahlurne zu gehen; diesen muß doch ein Begriff davon beigebracht werden, daß sie ein Wahlrecht besitzen.

Man möchte den Wahlzwang einführen. Wer am Wahltage von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, der soll mit fünf oder gar mit sieben Mark Geldbuße belegt werden. Da können sich nur noch die Wohlhabenden den Luxus erlauben, von der Wahlurne wegzu-

unmuthig: „Der Teufel ist in die Zeit gefahren, und was sonst in deutschen Landen unerhört war, ist an der Tagesordnung. Geht's nach Sigmunds Sinn — und warum sollte es nicht nach ihm gehen? — so bleibt mir in kurzem kein Pfuhl, um meinen Kopf darauf zu legen. Wie könnte ich Euren Bedürfnissen steuern. Geht, geht, wohin des Sohnes Pflicht Euch ruft: gen Frankfurt, und denkt mein an dem Tage, wenn der Pfaffe Euch des Gelübdes entbindet.“

„Mein Wohlthäter!“ senfte Dagobert, Friedrichs Hand küßend: „Euch zu lassen, fällt mir schwer.“

„Doch ist's von Nöthen!“ entgegnete der Herzog, sich rasch losmachend, um der eigenen Nöthigung vorzubeugen: „geht heim, küßt den Vater und das Mütterlein und freut Euch des Lebens. Jesus Christus! wäre ich noch einmal jung und frei wie ihr! Mit meinen Tyroler Gemenschkühen wollte ich ein Schießen anstellen, daß dem Mehrer des Reiches die letzten Haare wackeln sollten. Aber heutzutage gilt's der eigenen Haut sich zu wehren. Geht heim, sage ich, und lrrt ritterlich Gewerbe. Wer drein schlagen kann und das Herz auf dem rechten Fleck hat, verdirbt nicht in unserm rauschluftigen Vaterlande. Und — weil mir's gerade einfällt — ich will Euch zu guter Letzt noch Gelegenheit geben, ritterliche Pflicht zu üben. Der arme Schächer, der Jude, dessen Gold mit zu dem bewußten Turniere helfen mußte, und dessen von mir ausgestellten Brief mein Spitzhube von Rentmeister zu Schaffhausen nicht eingelöst hat, wie Ihr mir berichtet, ist nach Frankfurt geschleppt worden; der Himmel weiß, was sie mit der Judenseele zu beginnen denken. Die Tochter des unglücklichen Menschen hat sich mir zu Füßen geworfen und um meine Fürsprache gefleht. Auf meine Fürsprache giebt aber jeko Niemand das Geringste, denn — wie gesagt — der Teufel ist in die Zeit gefahren. Ich gab ihr jedoch mein Wort, sie nach der Heimath bringen zu lassen. Ich habe dabei Eurer gedacht, und bestelle Euch zu des Mädchens Vogt.“

„Mein gnädigster Herr.“ stammelte Dagobert betroffen und bestürzt.

Friedrich aber fuhr gleichmüthig fort: „Fürchtet Euch

bleiben; die armen Leute aber, bei denen sieben Mark in Millionen Fällen schon einen Wochenlohn bedeuten, sie kommen in hellen Hausen, um abzustimmen.

Dazu kommt noch die andere „kleine Verbesserung“, daß Jedermann den Kandidaten, den er wählen will, dem Wahlvorsteher nennen muß, denn er soll ja „den Muth seiner Meinung“ haben.

Sieh, liebes deutsches Volk, die Junker wollen das allgemeine Wahlrecht nicht antasten. Du sollst es behalten und sollst sogar einen häufigeren Gebrauch davon machen, als dir gegenwärtig beliebt! Und Diäten sollen dann, aber nur dann an die Abgeordneten auch gezahlt werden. Denn aus solchen Wahlen gehen nur Männer hervor, die es auch verdienen, für ihren Patriotismus, ihre staatserbaltende Gesinnung und ihre über jeden Zweifel erhabene Unterthanentreue mit Diäten belohnt zu werden!

So wird Alles noch gut werden und was man da munkelt von reaktionären Plänen, „entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage.“

Doch nun Spaß bei Seite! Was die Reaktionäre über ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht sagen, ist meistens nur ein Spiel mit Worten. Formell wollen sie dem Volke das Wahlrecht belassen; sie wollen aber ein Wahlsystem einführen, unter dem jeder abhängige Wähler genöthigt ist, denjenigen Kandidaten zu wählen, der ihm von seinem Vorgesetzten oder Arbeitgeber präsentiert wird. Mit anderen Worten: Die Wahlfreiheit, soweit sie heute überhaupt besteht, soll vernichtet werden. Darauf ist es abgesehen, und wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, muß das merken.

Und das deutsche Volk wird es auch merken. Es wird die Männer, die sich ihm als Kandidaten präsentieren, genau über ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht befragen.

Die Rechnung der Junker hat eine Stelle, wo sie nicht stimmt. Diese Herren, entsprechend ihrer Einbildung, etwas Besseres als „gewöhnliche“ Menschen zu sein, trauen dem Volke eine politische Erziehung gar nicht zu; wenn das Volk nicht so wählt, wie es ihren Wünschen entspricht, so nennen sie das einfach „Mißbrauch des Wahlrechts.“ Allein das deutsche Volk ist nunmehr seit dreißig Jahren im Besitze des allgemeinen Wahlrechts und hat dasselbe schätzen gelernt. Es dauert immer eine Zeitlang, bis sich ein ganzes Volk in eine solche Institution hineinlebt und sich daran gewöhnt, vollen Gebrauch von derselben zu machen. Die Zeit hat das deutsche Volk nun hinter sich und weiß, was es am allgemeinen Wahlrecht besitzt. Der Alte in Friedrichsruh mag schon tausend Mal den in seiner Auffassung unglückseligen Augenblick verflucht haben, in dem er sich entschloß, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Allein es ist nun einmal da und die Deutschen werden es für ein Einsengericht nicht hergeben.

Der „Reichs-Anzeiger“ kann sich künftig seine Erklärungen ersparen. Man weiß, woran man ist, und man wird sich nicht einlullen lassen, von welcher Seite auch das Giapopeia gesungen wird.

nicht. Es ist zwar nur ein Judenbirnlein, aber so fein und zart und lieblich, daß manche Heilige nicht zürnen würde, schriebe man ihren Namen unter der Jüdin Wilt. Schafft die anmuthige Kegerin nach Hause, ehe sie gezwungen wäre, Sigmunds Gerechtigkeit und Ritterlichkeit in Verlegenheit zu setzen. Ihr wißt, um welchen Preis die Majestät Wittwen und Waisen zu schützen, wie sie das zugeführte Geleit zu handhaben pflegt. Sagt das Lamm dem Wolf nicht in die Hände. Bringt es zur heimathlichen Heerde und gebt der vaterlosen Maid in meinem Namen das heilige Versprechen, daß ich mich meiner Schuld gegen Ben David entbinden werde, sobald ich den drohenden Sturm überstanden habe. Geht, ich rechne auf meines Auftrages sichere Vollziehung. Zieht von dannen, ehe es zu spät wird, und — Gott sei mit Euch!

Der Herzog drehte sich kurz und rasch auf dem Absatz um und ging mit starken Schritten in das Seitenzimmer, das er heftig hinter sich verriegelte. Dagobert streckte die Arme nach ihm aus, wie nach einem schwebenden Jugendfreunde und blieb einige Zeit hindurch bewegungslos im Gemache stehen. Dann aber raffte er sich männlich zusammen und floh aus dem Hause, indem er bisher das Ideal eines Ritters, wie er es sich dachte, bewundert hatte.

In dem Hause seines Oheims fand er eine bestürzte und unfreundliche Aufnahme. Des Prälaten Blicke waren ihm mit gehässigem Ausdruck; Fiorillens Augen mit ängstlicher Scheu und Bekommenheit.

„Was willst Du noch bei mir?“ fragte der Ohm nicht ohne Heftigkeit. „Freude bringst Du nie. Du kommst ungeladen wie eine Krankheit und gehst nur wie sie von dannen, nachdem Du Schaden angerichtet.“

„Ihr seid fürchterlich streng in Euerem Urtheil,“ antwortete Dagobert, „allein — auch eine Krankheit scheidet man gerne Abschied nehmen, und in keiner andern Absicht hab' ich's gewagt, Euch in dieser Zwielichtstunde zu überfallen.“

„Fahre wohl,“ lautete es aus des Prälaten Munde, „ich frage nicht, wohin Du gehst, denn dem Bösen soll

Soziales und Partei-Leben.

Ein Banarbeiterstreik war in Zyusbruck ausgebrochen. Derselbe ist bereits beendet. Am letzten Tage des Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Sämmtliche Forderungen der Arbeiter wurden mit geringfügigen Abstrichen genehmigt. Die Arbeiter erzielten unter Anderem eine ungefähr 25prozentige Lohnerhöhung.

Paris. Die Berufsarten der französischen Deputirten. Von den zahlreichen Statistiken, die hinsichtlich der neuen Deputirten angefertigt worden, ist vielleicht als interessanteste und lehrreichste die zu betrachten, die die soziale Stellung und die Berufsarten der Neugewählten nachweist. In die nachfolgenden Zahlen sind nicht nur die die betreffenden Berufe noch Ausübenden, sondern auch die einbezogenen, die dieselben bereits aufgegeben haben. Die neue Kammer weist auf: 75 Advokaten (die müssen natürlich immer an erster Stelle figuriren), 47 Aerzte, 23 ehemalige Landheer- und Marineoffiziere, 20 Professoren, 2 Lehrer und einen ehemaligen Nachhilfslehrer, 17 ehemalige Gerichtsbeamte, 7 ehemalige Diplomaten, 11 ehemalige Mitglieder des Staatsrathes, 2 Geistliche, 9 Ingenieure, 90 Haus- und Grundbesitzer, 38 Industrielle, 20 Landwirthe, 19 Beamte, darunter einen Wechselagenten und einen Auktionator, 5 Apotheker, 30 Journalisten, 18 Kaufleute, 15 ehemalige Verwaltungsbeamte (Präfecten, Unterpräfecten oder Präfekturräthe), 10 ehemalige Ministerial-Angestellte, 5 Handlungsgehilfen oder Vertreter, 3 Bankiers, 3 Unternehmer öffentlicher Arbeiten, einen Finanzinspektor, einen Architekten, einen Maler, einen Geometer, einen dramatischen Dichter und einen Thierarzt. Von Kuriositäten nennen wir einen Oberkellner, einen Postkutscher und einen Trödler. Unter den Sozialisten und Rabikalen findet man 14 ihren Beruf noch ausübende oder ehemalige Arbeiter, darunter zwei Eisenleute, 2 Bergleute, 1 Maurer, 1 Modellzeichner, ein Spiegelmacher und 1 Schuster.

Am Mah und Fern.

Berlin. Das „Kleine Journal“ hat die Verhaftung zweier Unteroffiziere des Gardebüchsenregiments gemeldet und die mit der in der Nacht vom 15. April erfolgten Ermordung der Luise Günther in der Hasenheide in Verbindung gebracht. Das letztere ist inzwischen dementirt worden. Jetzt ergänzt das genannte Blatt seinen Bericht durch folgende Mittheilung: Die beiden Unteroffiziere begaben sich am Abend des 14. April in die Privatwohnung einer sehr hochstehenden Persönlichkeit und beschuldigten dieselbe eines Vergehens gegen § 175 des St.-G.-B. und verlangten als Schweigegelb mehrere hundert Mark. Der geängstigte Herr sah sich veranlaßt, die Unteroffiziere zu ersuchen, so lange in seiner Wohnung zu bleiben, bis er die verlangte Summe geholt, da er augenblicklich nicht so viel Baargeld bei sich hätte. Als er zurückkehrte, bot sich ihm ein widerliches Bild. Die Unteroffiziere hatten seine Cognacflasche geleert und unter der Nacht des Alkohols wie Daudalen in seiner Wohnung gehaust; Läden und Spiegel zertrümmert, Glas und Porzellan zerklüftet. Nachdem er den Burschen das Geld eingehändigt, entfernten sie sich. Einige Wochen später forderten die Unteroffiziere in einem Briefe einen höheren Betrag als Schweigegelb. Sollte sich Adressat weigern, die verlangte Summe zu bewilligen, so würden

sie (die Unteroffiziere) keinen Stuhl in der Wohnung ganz lassen. Mit diesem Brief begab sich dann der Adressat zu der Kriminalpolizei. Der betreffende Kommissar, dem das merkwürdige Zusammentreffen der verübten Erpressung mit dem Datum des Günther'schen Mordes auffiel, stellte die notorischen Beziehungen des einen der beiden Erpresser zu Luise Günther fest und übergab das gesammte Material dem Gardebüchsenregiment, worauf die Verhaftung der beiden Unteroffiziere erfolgte. Thatsache ist, daß die beiden Unteroffiziere an jenem Abend sinnlos betrunken in die Kaserne zurückgekehrt sind und zwar zu einer Zeit, zu der nach Aussage der Aerzte der Mord bereits vollbracht sein konnte. Die Kaserne liegt unweit des Fundortes der Leiche.

Das Brot unserer Soldaten. Eine Gerichtsverhandlung in Mülhausen i. E., die wegen ihres Zusammenhangs mit der Ernährung unserer Soldaten größere und allgemeine Bedeutung hat, macht viel von sich reden. Zwei Mühlenbesitzer, bei denen das Proviantamt in Mülhausen seinen Roggen mahlen läßt, wurden von ihren ehemaligen Obermüllern grober Unterschleife beschuldigt. Die Letzteren schrieben an das Proviantamt, daß die Firma zentnerweise von dem Wehl fernde und verkaufe, das aus dem Ploggen des Proviantamts gewonnen werde; dabei werde der Verlust an Gewicht dadurch verschleiert, daß dem Schwarzmehl, von dem das Soldatenbrot gemacht wird, entsprechende Mengen von Puz- und Staubmehl, gemahlenem Hühnerfutter und sogar von gesundheitschädlichen gemahlenen schwarzen Körnern, die von der Frucht ausgelesen werden, beigemischt wurden. Das Proviantamt übergab diesen Brief den beschuldigten Müllern, damit diese gegen ihre Ankläger wegen Verleumdung voringen, was diese auch thaten. Die angeklagten Briefschreiber scheinen aber einen geradezu vernichtenden Wahrheitsbeweis erbracht zu haben, denn sie wurden sowohl beim Schöffengericht, wie in der Berufungsinstanz freigesprochen und den Klägern die Kosten der beiden Verfahren zur Last gelegt. Es ist selbstverständlich, daß nunmehr das Proviantamt gegen die Müller vorgehen wird. Wichtiger aber ist, nach der „Ausg. Abzgt.“, natürlich die Frage: Ist keine Kontrolle möglich, die solche Mehlerverschlechterung aufdecken muß? Es erscheint ungläublich, daß die schlechte Qualität des Brotes nicht bei einiger Fürsorge hätte aufgedeckt werden können.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 22. bis 28. Mai 1898.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters. 16. Jahrbuch-Mechaniker Friedrich Oscar Störmer. 17. Arbeitmann Mathias Joachim Franz Heinrich Wilhelm Brand. Schuhmacher Carl Hermann Nagel. Maschinenbauer Peter Heinrich Friedrich Martin Cordes. 18. Tapezierer Johannes Heinrich Otto Detleffen. 20. Schlossermeister Christian Johannes Wilhelm Decker. Kassekassier Friedrich Joachim Peter Rosch. 21. Maschinenbautechniker Carl Friedrich Paul Roth. 22. Eisenbahn-Kontroll-Mittler Claus Heinrich Friedrich Risch. 23. Arbeitmann Carl Johann Joachim Meyer. Arbeitmann Gustav August Hugo Schreiber, Wilhelmshöhe. Schneider Johann Heinrich Wilhelm Krenschelb. Klempner Gottfried Carl Hermann Bump. 24. Arbeitmann Carl August Meyer. Fabrikarbeiter Jürgen Frey August Faust. 25. Arbeitmann Joachim Heinrich Steuber. 26. Arbeitmann Johann Heinrich August Höppler. Maurergehülfe Wilhelm Martin Friedrich Carl Langfeldt, Krenpelsdorf. Eisenbahn-Wagenführer Wilhelm Peter Almus Joachim Heinrich Dierck.

Der Prälat antwortete nichts, sondern laute als wie überlegend an die Lippen.

„Ernstlich indessen.“ sprach Dagobert weiter: „Der Herzog ist mir nichts schuldig, und ich habe keinen kaiserlichen Gönner, wie Ihr, würdiger Ohm, der mir Ring und Stab aus dem Ärmel schütteln kann, sobald er nun will, zum Lohn für eine Nachsicht zu rechter Zeit.“

„Toller Schwäger!“ rief der Prälat, von neuem hitzig werdend: „Was kümmert mich der Kaiser? Spare Deinen Spott zu gelegener Stunde.“

„O weh!“ entgegnete Dagobert: „Was bedeutet dieser Groll? Trug der Winter die Rosen, und bringt der Frühling den Schnee? Hat Liebsteckel schon im März abgeglaubt? oder haltet Ihr es nimmer mit dem Kaiser, seit Johannes es wieder mit der freien Luft hält.“

„Ich muß gestehen.“ versetzte der Prälat mit einer gewissen arglistigen Schalkheit: „daß dieses das seltsamste Gespräch sein mag, das jemals zwischen Ohm und Neffen geführt worden ist. In dem wälschen Lande, das Du zu verachten scheinst, sprechen Todfeinde zierlicher zu einander, als hier in Deiner gepriesenen deutschen Heimath des Bluts Befreundete. Jedoch, damit Du siehest, wie wenig ich gewohnt bin, Böses mit Bösem, Trost mit verdienter Härte zu vergelten, will ich Dir erlauben, hier zu verziehen und einen Abendtrunk anzunehmen, den Fiorilla besorgen wird, währenddessen ich, meinen schlechten Augen zum Trost, aber meiner brüderlichen Liebe zum Frommen, ein Schreiben an Deinen Vater aufsehe. Ich verspreche Dir, es soll Dir nicht zu Leide geschrieben sein, und laß und frei darfst Du es übergeben. Du machst Dich doch hoffentlich schon morgen mit dem frühesten davon?“

„Ich denke.“ antwortete Dagobert, sich in einen Sessel niederlassend.

„Thue das.“ fuhr der Ohm fort: „länger ist's für Dich nicht geheuer in Costniz. Dein Pferd steht im Engel?“

„Ja, mein guter Ohm!“ erwiderte Dagobert: — „das wackere Roß wird mich auch unter Engels Schutz und

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters. 17. Privatmann Carl Joachim Paul Carstens. 19. Siebermeister Ludwig Aldorf. 21. Schenkmann Nicolans Heinrich Friedrich Wittsoht. Kassenbote bei der Orlstraßenkassa Wilhelm Heinrich Joachim Harndt. Schmiedegeselle Friedrich Rudolf Helmuth Johann Meyer. 22. Arbeitmann Heinrich Jochen Ernst Detmmer. 23. Arbeitmann Eduard Helbig. Zimmergeselle Martin Heinrich Frey (Kies). 24. Ober-Postassistent Ernst Robert Wilhelm Braay. Elementarlehrer Carl Ludwig Heinrich Hammerich. Briefträger Heinrich Wilhelm Riedermann. 25. Arbeitmann Johann Heinrich Friedrich Esterbeck. Maurer Joachim Peter Heinrich Niemann. 26. Arbeitmann Johann Heinrich Wilhelm Lange. Cigarrenmacher Heinrich Albert Mehlhase. 27. Mechaniker Hermann Gustav Wame.

Sterbefälle.

21. Mai. Louise Frieda Dorothea Wiesener, 16 J. 22. Haupt-Post-Assistenten-Prüfungsausschreiber Johann Christian Erdmann Abel, 65 J. 23. Marichen Sophie Henriette Müller, 1 J. 10 M. Hulda Friederike Caroline Schulze, 12 J. Hilba Pauline Maria Kessel, 5 M. Catharine Dorothea Wilhelmine geb. Weinhardt, Ehefrau des Arbeitmannes Wilhelm Heinrich Meyer gen. Starbelsch, 36 J. Ein todtgeb. Knabe, 3. Tischlergeselle Bernhard Heinrich Claus Rühl. Paul Johannes Ludwig Bierich, 2 M. Catharina Maria Wöhler, 62 J. 24. Heinrich Willy Meyer, 6 Straden. Ein todtgeb. Knabe, 4. Arbeitmann Heinrich Johann Wilhelm Schmidt. Lehrer a. D. Johann Christian Ernst Willers, 72 J. Wilhelm Franz Carl Schimmer, 7 J. 25. Almus Wilhelm Johann Främd, 9 Jahre. Minna Caroline Emma Lanow, 4 M. Minna Emmy Wertholde Mitter, 4 M. 26. Arbeitmann Johann Peter Ludwig Gründert, 60 J. Arbeitmann Heinrich Adolph Christian Glau gen. Schreiber, 44 J. 27. Sophie Magdalena Elisabeth geb. Stadlände, Ehefrau des Arbeitmannes Jochen Friedrich Stamer, 48 J. Ein todtgeb. Knabe, 5. Postillon Carl Ludwig Johann Wilhelmmann. 28. Willy Emil Walter Beckmann, 1 J. Hans Wilhelm Carl Johannes Bredde, 2 M. Wilhelmine Dorothea Sophie Schor gen. Sahlmann, 2 J. Elisabeth Gaeber, 37 J.

Ungecordete Aufgebote.

Mai. 23. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Bänmler und Anna Sophie Dorothea Heuser. Lokomotivführerlehrling Georg Johann Hans Berg und Catharina Maria Magdalena Dohs zu Hause. 25. Steinbauer Mathias Falsbender und Anna Fanchen Auguste Boye, beide zu Rheind. Lithograph Georg Albert Mohde und Anna Elise Dorothea Höppler, beide zu Offenbach a. Main. 26. Müller Carl David Paul Schmidt und Frieda Antonie Henriette Ferwing, beide zu Hamburg. Postassistent Martin Ludwig Dieblich Boy und Ubele Margarethe Sophie Elise Bricks. Kaufmann Moses van Berg zu Groningen und Wella Vertrad Medlenburg. Dachbeder Franz Wilhelm Ludwig Fahnert zu Wartin und Auguste Wilhelmine Dorothea Weidt zu Rostock. Buchdruckmaschinenmeister Michael Tiede und Clara Margaretha Henriette Trase. 27. Klempner Johannes Gustav John Albiner zu Neufeld und Sophia Anna Catharina Euckmann. Schlosser Carl Emil Engen Schmidt und Fanny Anna Knieling. Tischler Carl Paul Richard Meyer zu Neumünster und Catharina Johanna Elisabeth Seebrecht. 28. Ingenieur Friedrich Emil Schenfler und Frida Emilie Bokert. Kaufmann Carl Georg Daniel Lüders und Anna Dorothea Christine Brüggen.

Eheschließungen.

Mai. 24. Arbeiter Ludwig Friedrich Heinrich Dicker zu Baarden und Wilhelmine Sophie Friederike Porphagen. 25. Diätar Wilhelm Gottfried Gottlieb Louis Vogel und Elisabeth Charlotte Therese Friederike Rühl. 26. Geschäftsführer Carl August Heinrich Hüter und Clara Helene Antonie Stave. Zeugführer Ernst George Dackhoff zu Elstern und Caroline Schoen. Schmied Heinrich Friedrich Carl Westov und Elise Hulda Drogis. 27. Schreiber am Postelamt Wilhelm Frey Theodor Warnde und Franzen Louise Amalie Jacobs. Kaufmann Theodor Friedrich Adolph Dohren zu Hamburg und Ella Emma Wilken. Buchbinder Hermann Johannes August Wroth und Emma Schund. Krämer Carl David Friedrich Dierckhoff und Emma Christine Maria Frits zu Gramme. 28. Fischer Hans Jürgen Hinrich Witt zu Gothmund und Caroline Dorothea Elisabeth Witt. Segelmacher Carl Richard Wölly zu Ellerbeck und Friederike Wilhelmine Johanna Wöhler. Maurermeister Bernard Hermann Schode zu Hamburg und Maria Sophie Hermine Drath. Privatmann Carl Julius Bernhard Levenhagen und Maria Lucia Caroline Köhr.

man nie auf die Ferse blicken; „auch bist Du schon seit längerer Zeit auf geheimen Reisen begriffen, deren Geheimniß . . .“

„Nicht lange geheim bleibt?“ fiel der Neffe lächelnd ein. „Ihr Herren habt das Vorrecht, Allem auf die Spur zu kommen, früher als alle anderen Leute. Für diesmal geht meine Fahrt zum Vater und ich habe gewöhnlich, wie es einem biederem Blutverwandten zukommt, mich mit Euch zu legen und Euch zu fragen, ob Ihr mich nicht mit einem Brieflein oder dergleichen zu beauftragen begehrt. Vom Wiedersehen dürfte wohl nicht leicht mehr die Rede sein. Die Lust am lieben deutschen Vaterlande hat in mir überhand genommen. Jenseits der Berge, fürchte ich, ist mein Platz nicht und das Bartholomäusfest bei Cesna sogar . . .“

„Schweig!“ fuhr der Prälat mit zornrothem Antlitz auf und aus dem fleischigen Gesicht brach ein Strahl von Grimm und gehässiger Tücke, wie ihn Dagobert noch nie gesehen. Fiorilla zerrte, von dem jungen Manne unbemerkt, warnend an des Prälaten Ueberkleid, und der Sturm begünstigte sich hierauf, mindehens dem äußeren Anscheine nach. Monsignore zwang die aufgeregten Gesichtsmuskeln in ihre alte Ordnung zurück und fuhr mit gemäßigtem Tone, in dem jedoch unverkennbar bitterer Spott lag, fort:

„Du hast vollkommen recht, Neffe. Dort findet sich kein Platz mehr für Dich, nach dem, was Du gethan. Stelle Dich nicht so unbesorgen an. Ganz Costniz weiß von Deinen Künften. Der Himmel verzeihe es Deinen, die Dich dazu verleiteten. Der Himmel verzeihe auch Dir den Nachtheil, den Du Deinen Angehörigen dadurch bereitest. Herzog Friedrich wird Dir die treuen Dienste doch mit einer fetten Pfunde lohnen in seinem Bauernlande?“

„Ei was, Ohm?“ erwiderte Dagobert lustig; „Bauern hin, Bauern her! Im Tyrol legen die Hühner Eier, und tragen die Neben Beeren, wie in Wälschland, und ein altes Sprichwort sagt: Wo's nicht an Hennen und Rehten gebriecht, da verdirbt auch die Pfaffheit nicht. Die Präbende, die der Montfort ausbot — Ihr erinnert Euch — konnte ich nicht verdienen. Ich muß demnach auf Ersatz denken.“

Schirm weiter tragen. Für den Augenblick bin ich ja sicher genug in meines Vatersbruders Haus.“

„Amen!“ fügte Hieronymus bei, sandte Fiorilla zum Keller und begab sich durch die Seitenthür in sein Schlaf- und Schreibgemach.

Dagobert dehnte sich gemächlich in seinem Polsterstuhl und stützte den Kopf in die Hand. „Wie ist mir denn?“ sagte er zu sich selbst: „Komme ich mir doch vor, wie ein Träumender, oder besser, wie ein Trunkener, der auf schwankenden Eiszschollen über einen Strom zu taumeln versucht. Die Geschichte dieser letzten Tage ist wie ein toller Spul gestaltet. Ich denke einen wider Willen zu einem Verbrechen gereizten Manne, meines Standes höchstens, das Geleit zu geben, — und siehe da, es ist das Oberhaupt der Christenheit selbst, das mich zum Lohn von meinen Altarpflichten frei spricht, während — wie ich begreife — das ganze Konzilium meiner That den Stab bricht. Ich verlasse den Herzog auf den Gipfel fürstlichen Glanzes, und finde ihn wieder im Begriff Reichthum zu nehmen vor einer Notie von Priestermägen und einem Kaiser, dem wenig mehr zu Gebote steht, als ein Mund voll Honig, wenn auch Galle sein Herz erfüllt. Ich stand schon auf einem seltsamen Fuße mit dem Ohm, ehe ich gen Schaffhausen zog, aber nun stehe ich auf einem weit wunderbarern mit dem Wackern. Wir sagen uns gegenseitig dürre Wahrheiten, dürr und stachlich wie die winterliche Schlehenerde, und dennoch will er die Sanftmuth vorwalten lassen; . . . er, der sich, wie ich beinahe glaube, durch seines neuen Vaterlandes Doppeltzungigkeit, um des Papstes und des Kaisers vorübergehende Günst gebracht hat? Frei ging ich zu Costniz einher, nachdem ich einen Kezer hatte befreien wollen, und jezo rath mir der Herzog selbst schnellen Abzug, weil ich dem Vater der Rechtgläubigen aus dem Neze half? — Ja, Friedrich hat recht: der Teufel ist in die Zeit gefahren, aber auch dem Schwarzen troge ich mit dem Freibrief in meiner Tasche. Bin ich einmal hinter den Mauern meiner Vaterstadt . . . dann fahret wohl, Kaiser, Konzilium und Reich. Ich mische mich ferner nicht mehr in Eure Händel.“

(Fortsetzung folgt.)